

Pressemitteilung

MdL Kathi Petersen

Tel.: 09721/7157-18, Fax: 09721/ 7157-64, Mobil: 0157/ 89645213

Bürgerbüro, Siebenbrückleinsgasse 10-12, 97421 Schweinfurt

Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

E-Mail : kathi.petersen.sk@bayernspd-landtag.de

Steigerwald: Potenzialanalyse vor weiteren Entscheidungen notwendig

MdL Petersen und BN-Kreisvorsitzender Günther sprechen über Steigerwald/ „Nationalpark-Entscheidung der Staatsregierung lässt keine offene Debatte zu“

Um eine sinnvolle Entscheidung über die Zukunft des Steigerwalds fällen zu können, müsse endlich eine Potenzialanalyse gemacht werden. Das fordern die SPD-Landtagsabgeordnete **Kathi Petersen** (Schweinfurt) und der Vorsitzende der Bund Naturschutz(BN)-Kreisgruppe Schweinfurt, **Edo Günther**. „Ohne eine solche Analyse dürfen keine weiteren Schritte folgen“, so Günther. Nur so könne geprüft werden, welche Lösung – Nationalpark, Weltnaturerbe, Weltkulturerbe oder etwas anderes - die beste für alle Beteiligten sei. „Es geht schließlich um die gesamte Region“.

Die Entscheidung der Staatsregierung, einen dritten Nationalpark in Bayern einzurichten, dabei aber den Steigerwald außen vor zu lassen, stößt bei den beiden auf Unverständnis. „Wie soll die von Umweltministerin Ulrike Scharf angestoßene Debatte über die Zukunft des Steigerwalds unter diesen Umständen denn wirklich offen sein?“, fragt Petersen.

Fachlich spreche alles für den Steigerwald als Standort für einen Nationalpark, so Günther. Es gebe ausreichend zusammenhängende Schutzflächen und natürliche Buchenwälder. Zudem sei die notwendige Infrastruktur mit dem Steigerwald-Zentrum in Handthal gegeben.

Auch politisch sei die Entscheidung bedenklich. „Ministerin Scharf bezeichnet einen Nationalpark als ein ‚ökologisches Konjunkturprogramm allererster Güte‘. Wieso sollten jedoch nur die Menschen in der Rhön oder im Spessart davon profitieren die Menschen im Steigerwald jedoch nicht?“, fragt sich Petersen. Das Argument, dass durch die Ausweisung eines Nationalparks die Holznutzung eingestellt würde, werde auch durch permanente Wiederholung nicht richtig. Innenstaatssekretär Gerhard Eck (Donnersdorf) und andere Vertreter des Vereins „Unser Steigerwald“ würden jedoch dafür sorgen, dass diese Argumentation bei den Menschen verfange.

Interessant sei nun, wie die Staatsregierung auf den Widerstand aus Rhön und Spessart gegen einen Nationalpark reagieren werde: Wie Eck im Steigerwald, hat mit **MdL Peter Winter** (Waldaschaff, Lkr. Aschaffenburg) ein weiterer wichtiger CSU-Politiker Protest gegen einen Nationalpark in seiner Region eingelegt. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses hatte Umweltministerin Scharf laut SZ schon bei der Klausurtagung der Staatsregierung in St. Quirin gesagt, dass er gegen eine Ausweisung des Spessarts zum Nationalpark ist. „Ich bin gespannt, wie Ministerpräsident Seehofer bei Peter Winter Argumente zurückweisen will, die er bei Gerhard Eck akzeptiert“, so Petersen.

Der damalige Bamberger Landrat Dr. Günther Denzler hatte über das Bundesnaturschutzgesetz den „Hohen Buchenen Forst im Ebracher Wald“ im Steigerwald 2014 als Geschützten Landschaftsbestandteil ausgewiesen.

Ministerpräsident Horst Seehofer sowie Landwirtschaftsminister Helmut Brunner hatte er davon im Vorfeld in Kenntnis gesetzt. Nach einer Intervention von Innenstaatssekretär Eck bei Seehofer kam es jedoch dazu, dass die CSU-Landtagsfraktion im Jahr 2015 das Bayerische Naturschutzgesetz änderte und die Ausweisung rückgängig gemacht wurde: Von nun an sind die Bezirksregierungen und nicht mehr die Landratsämter für Ausweisungen von Schutzgebieten über 10 ha zuständig.